

Erinnerungspolitik

Bei den diesjährigen Berlin Roundtables on Transnationality, gemeinsam von der Irmgard Coninx Stiftung, dem WZB und der Humboldt-Universität veranstaltet, stand mit Erinnerungspolitik eines der bestimmenden Themen des Herbstes 2009 im Mittelpunkt. Vom 21. bis zum 26. Oktober 2009 diskutierten 52 Nachwuchswissenschaftler aus aller Welt zum Thema „Memory Politics: Memorials, Education and Mass Media“. Drei Workshops, die sich sowohl theoretischen Fragen als auch der Praxis widmeten, wurden durch Abendvorträge und ein umfangreiches Rahmenprogramm ergänzt.

Wie schon bei den vorangegangenen Roundtables war auch diesmal das Ziel, jungen Wissenschaftlern aus aller Welt eine Plattform für einen interdisziplinären Dialog zu bieten und die eigene Forschung aus einer transnationalen Perspektive zur Debatte zu stellen.

Die Veranstaltung war bereits die dritte in einer Reihe zu Problemen (zeitweise) geteilter Gesellschaften (*divided societies*), die aus bewaffneten Konflikten oder totalitärer Unterdrückung mit Blessuren und Traumata hervorgegangen sind. Der lange Schatten der Vergangenheit steht hier dem Aufbau einer neuen integrativen Ordnung im Wege. Wie solche Gesellschaften ihrer Vergangenheit in spezifischer Form Rechnung tragen und trugen, hängt dabei von vielen Faktoren ab. Welche Akteure nehmen auf die Erinnerungsprozesse Einfluss? Wie verhält sich die Wahrnehmung von Tätern zu ihren Opfern und vice versa? Die versöhnende Wirkung von Erinnerungsprojekten ist dabei nicht unumstritten. Oft verfestigt, ja vertieft sich der Graben durch neue Denkmäler oder oktroyierte Aufarbeitungsprozesse. Die Roundtables boten den Teilnehmern die Möglichkeit, ihre Überlegungen vergleichend zu diskutieren. Dabei wurde trotz des internationalen Fokus auch ein kritischer Blick auf die vermeintlich vorbildliche Vergangenheitsbewältigung in Deutschland geworfen.

Der erste Workshop unter Leitung von Christopher Capozzola (MIT) und Andrés Nader (Amadeu Antonio Stiftung) konzentrierte sich auf die Hintergründe und Wirkungen von Denkmälern und Museen. Diese haben trotz der Zersetzungsprozesse, denen Nationalstaaten ausgesetzt sind, eine unvermindert große Bedeutung für die kollektive und nationale Identitätsbildung, besonders in Ost- und Ostmitteleuropa, aber auch andernorts. Der *lieu de mémoire* bleibt ein Topos der nationalen Identitätsbildung, nur seine Form hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg gewandelt – vom Patriotismus zum Opfermythos.

Einen weiteren Fokus bildeten der marktwirtschaftlich initiierte Erinnerungstourismus sowie die Suche nach einer globalen Sprache der Erinnerung. In den zunehmend abstrakten Denkmälern, die in den letzten Jahren errichtet wurden, erkannten die Teilnehmer den Anspruch, über die historische Dimension eines spezifischen Erinnerungsraums hinaus wirken zu können. Die Analyse einzelner Fallbeispiele zeigte jedoch auch die Bedingtheit und die Grenzen nationaler Erinnerungsdiskurse.

Im Zentrum des zweiten Workshops „Transitional Justice“, von Gunnar Folke Schuppert (WZB) und Ari Kohen (University of Nebraska, Lincoln) geleitet, stand die Frage, wie sich Gesellschaften am Ende eines gewalttätigen Konflikts mit der Vergangenheit auseinandersetzen können und sollen. Besondere Aufmerksamkeit schenkte man dabei juristischen und pädagogischen Instrumenten im Hinblick auf ihr Vermögen, begangenes Unrecht anzuerkennen und den Aufbau einer rechtsstaatlichen Zivilgesellschaft zu ermöglichen. Neben etablierten Instrumenten wie Wahrheitskommissionen, Lehrplänen und Schulbuchrevisionen kamen auch traditionelle Formen der Aussöhnung zur Sprache, wie etwa Stammeskulturen in Afrika.

Ein dritter Workshop, geleitet von Magdalena Zolkos (University of Western Sydney) und Susanne Buckley-Zistel (Universität Marburg), befasste sich unter dem Titel „Political Discourse“ mit philosophischen Fragen von Vergeben und Erinnern, von Trauma und Gesten kollektiver politischer Entschuldigung, wie Willi Brandts Kniefall in Warschau. Auch hier wurden Fallanalysen diskutiert, die die Teilnehmer nach Uruguay, Zypern, Ruanda, Japan, Irland, ins post-koloniale Frankreich, nach Palästina, Argentinien und Afghanistan führten.

Die Workshops wurden durch drei Vorträge ergänzt: In seinem Eröffnungsvortrag mahnte der Historiker Karl Schlögel (Viadrina Universität Frankfurt/Oder), dass hinter einer obsessiven Erinnerung auch die Flucht aus der Gegenwart stehen kann und jede Erinnerung zunächst in einem räumlich-zeitlichen Kontext interpretiert werden sollte. Albie Sachs, Verfassungsrichter und Menschenrechtsaktivist aus Südafrika, bestätigte die Teilnehmer in ihrer Suche nach Wegen, gesplante Gesellschaften aus einem Trauma zu führen, und erinnerte an die Bedeutung der Verfassung, insbesondere auch des deutschen Grundgesetzes. Der Architekt Daniel Libeskind sprach über die Rolle von Diktatur und Demokratie für seine Erinnerungsarchitektur, über die Vorliebe totalitärer Regime für monumentales Bauen und über den Optimismus,

den er in jedes Monument kollektiven Erinnern einfließen lässt.

Die nächsten – bereits zwölften – Roundtables werden vom 7. bis zum 11. April 2010 zum Thema „Cultural Pluralism Revisited: Religious and Linguistic Freedoms“ stattfinden. Bewerbungsfrist ist der 15. Januar 2010. Weitere Informationen finden Sie unter <http://irmgard-coninx-stiftung.de/>

Stefanie Schäfer und Sabine Berking

Wissenschaftspolitik

Unter dem Titel „Staat und Wissenschaft – neue Verhältnisse, neue Fragen“ fand am 12. Oktober 2009 eine Diskussionsveranstaltung im WZB statt, die sich mit aktuellen Problemen des deutschen Wissenschaftssystems beschäftigte. Anlass der Veranstaltung war das im Oktober erschienene „Handbuch Wissenschaftspolitik“, herausgegeben von den WZB-Wissenschaftlern Dagmar Simon und Andreas Knie gemeinsam mit Stefan Hornbostel vom Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (IFQ) in Bonn.

In der letzten Dekade habe sich im deutschen Wissenschaftssystem viel getan, auf allen Ebenen hätten sich die Koordinaten verändert – so leitete Andreas Knie die Diskussion ein. In dieser Einschätzung der Situation waren sich die Herausgeber des „Handbuchs Wissenschaftspolitik“, die alle auf dem Podium saßen, und die zwei geladenen Gäste einig; Frieder Meyer-Krahmer, Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung, und Peter Strohschneider, Vorsitzender des Wissenschaftsrats, waren gekommen, um zu aktuellen wissenschaftspolitischen Fragen Stellung zu beziehen.

Fünf Thesen und daraus abgeleitete Fragestellungen hatten die Herausgeber vorbereitet, die besonders knifflige Aspekte der gegenwärtigen Lage im deutschen Wissenschaftssystem aufgriffen. Forschungseinrichtungen müssten in zunehmendem Maß ihre Wettbewerbs- und Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. Ob sie hierbei zukünftig eher auf Wettbewerb oder auf thematische Fokussierung setzen sollten, war die erste Frage, die Dagmar Simon aufwarf. In der zweiten These ging es um Internationalisierung: Wie sehr sollte man sich am angloamerikanischen System orientieren? Die dritte These der Herausgeber verwies auf ein Kernproblem von Wissenschaftspolitik: Viele der eingeführten Instrumente stehen im Widerspruch zu alten, weiterhin geltenden Regelungen und führen im Zusammenspiel mit diesen zu nicht beabsichtigten Effekten. Ob den Forschungseinrichtungen hier mehr leistungsorientierte

Controlling-Instrumente oder eher Freiräume helfen können, war die Frage, die daraus abgeleitet wurde. Kooperation oder Konkurrenz – was führt zu mehr Innovation?, lautete die vierte Frage der Handbuch-Herausgeber. Die fünfte These schließlich, die nach der Rolle des Bundes fragte, mündete in eine Zuspitzung: Brauchen wir eine Föderalismusreform II?

Wissenschaft habe eine institutionelle und eine epistemologische Seite, machte Peter Strohschneider zu Beginn seiner Ausführungen deutlich: Auf der einen gehe es um Dinge wie Macht, Reputation und Finanzen, auf der anderen um Themen wie Wahrheit, Theorien und Methoden. Beide Seiten seien „lose gekoppelt“, aber nicht miteinander identisch – eine „wichtige Prämisse“, um überhaupt über das Wissenschaftssystem zu sprechen. So sei auch die in der ersten These angebotene Alternative zwischen Wettbewerb und thematischer Fokussierung keine wirkliche Alternative. Beides habe es im Wissenschaftssystem überdies immer gegeben, und beides spiele auch in den aktuellen Bemühungen um Leistungssteigerungen eine wichtige Rolle.

Zur zweiten Frage bezog Meyer-Krahmer klar Stellung: Es gebe im angloamerikanischen System viel Nachahmenswertes, aber auch viele Dinge, vor denen man sich hüten müsse, beispielsweise eine extreme Hierarchisierung der Hochschulen zwischen „ganz mies und ganz top“ oder die Ballung von Ressourcen auf einen kleinen Prozentsatz an Spitzeneinrichtungen. Bei der Performance allerdings könne man sich etwas abgucken, ebenso bei der Strukturierung des Lehrkörpers. Mehr Professoren mit wenigen Mitarbeitern fände er viel sinnvoller als die deutschen Lehrstühle mit ihrem breiten Mit-



Dagmar Simon stellt fünf Thesen zur Wissenschaftspolitik vor, im Hintergrund: Frieder Meyer-Krahmer (links) und Andreas Knie. [Foto: Peter Himself]